

2.10.2026

Eingelangt am:

Entgegengenommen

von:

Dringlichkeit zuerkannt: ☐ ja ☐ nein

Inhalt des Antrages:

☐ angenommen mit Stimmen von:

☐ abgelehnt mit Stimmen von:

Enthaltungen:

Antragsnummer:

An den
Gemeinderat der Stadt Villach
Rathausplatz 1
9500 Villach

02.10..2026

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderäte
gemäß § 42 Villacher Stadtrecht

RESOLUTION AN DIE BUNDESREGIERUNG

**Leistbare Energie ist Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik und Standortpolitik
zugleich**

Strom und Wärme sind keine Luxusgüter. Sie gehören zum täglichen Leben und müssen für Menschen leistbar bleiben. Dennoch sind die Energiekosten in Europa und Österreich zu einer erheblichen Belastung für Haushalte und Betriebe geworden. Hohe Energiepreise verteuern Wohnen, Produktion, Transport und letztlich nahezu alle Güter des täglichen Bedarfs. Für Kärntner Familien bedeutet das eine doppelte Belastung: Sie zahlen direkt mehr für Strom, Heizen und Tanken, und spüren die Energiekosten indirekt bei jeder Rechnung – besonders hart trifft das Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen sowie Pensionisten.

Anstatt zu versuchen, die Folgen hoher Energiepreise mit Steuergeld abzufedern, sind die Kosten an der Ursache zu senken. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist der EU-Emissionshandel. Deren Reform ist derzeit Gegenstand intensiver Verhandlungen. Italien und Tschechien fordern gemeinsam Änderungen, um die Belastung durch hohe CO₂-Kosten und Energiepreise zu reduzieren. Auch aus weiteren mittel- und osteuropäischen Staaten kommt Kritik an den derzeit hohen Zertifikatspreisen.

Gerade bei Gaskraftwerken zeigt sich, wie stark die CO₂-Kosten auf den Strompreis wirken. Bei den derzeitigen Zertifikatspreisen entstehen rd. vier Cent CO₂-Kosten je erzeugter Kilowattstunde Strom. Bei den derzeit hohen Gaspreisen entspricht das bereits rund ein Viertel der Erzeugungskosten eines Gaskraftwerks. Bei normalen Gaspreisen kann der Anteil über 40 Prozent betragen. Da Gaskraftwerke aufgrund der Merit-Order den Preis am Großhandelsmarkt bestimmen, schlagen die Kosten auf den gesamten Strommarkt durch. Damit wird Strom auch für jene teurer, deren Stromerzeugung selbst keine vergleichbare CO-Kosten verursacht.

Das ist ein direkter Hebel für günstigeren Strom. Wenn die Politik die Stromkosten dauerhaft senken will, muss sie dort ansetzen, wo die Kosten entstehen. Statt die hohen Preise anschließend mit Steuergeld zu dämpfen, müssen die preistreibenden Faktoren reduziert werden. Schließlich belastet die Energiepreis-Explosion auch die Kärntner Wirtschaft: Energieintensive Betriebe sind mit steigenden Produktionskosten konfrontiert, die ihre Wettbewerbsfähigkeit untergraben und im schlimmsten Fall Einsparungen, Kurzarbeit oder Betriebsverlagerungen zur Folge haben – mit

direkten Auswirkungen auf Arbeitsplätze im Land. Die Teuerung bei Energie ist damit kein bloßes Konsumthema, sondern ein Standort- und Wohlstandsrisiko für ganz Kärnten.

Für Villach hat die Frage der Energiepreise eine besondere Bedeutung. Der Europäische Rechnungshof hält die hohen Energiekosten ausdrücklich für einen Wettbewerbsnachteil der europäischen Halbleiterindustrie. Die Produktion von Halbleitern ist besonders energieintensiv und stellt hohe Anforderungen an eine sichere und wettbewerbsfähige Stromversorgung. An der Halbleiterindustrie hängen in Villach unzählige Arbeitsplätze – direkt bei den produzierenden Unternehmen ebenso wie bei Zulieferern und Dienstleistern. Derzeit liegen die Produktionskosten europäischer Halbleiterfabriken laut einer aktuellen Branchenanalyse je nach Produktionsbereich rund 15 bis 30 Prozent über denen asiatischer Standorte. Die deutlich höheren Energiekosten gehören dabei zu den wesentlichen Faktoren.

Wer Arbeitsplätze und industrielle Wertschöpfung in Europa, in Österreich, in Kärnten, in Villach sichern will, muss daher auch die Energiefrage lösen. Leistbare Energie ist Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik und Standortpolitik zugleich.

Österreich verfügt darüber hinaus über eigene Energiepotenziale. Der Umfang der tatsächlich förderbaren Erdgasvorkommen muss daher verlässlich erhoben und eine mögliche Nutzung sachlich geprüft werden. Jede zusätzliche heimische Energiequelle kann dazu beitragen, die Abhängigkeit von internationalen Märkten zu verringern und die Versorgungssicherheit zu stärken.

Energie darf nicht zum Luxus werden. Die Menschen brauchen leistbaren Strom und leistbare Wärme, und unsere Betriebe brauchen wettbewerbsfähige Energiepreise. Die Bundesregierung ist daher gefordert, nicht länger nur die Folgen hoher Energiepreise zu subventionieren, sondern die Ursachen der Belastung zu bekämpfen.

ANTRAG

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen:

Die österreichische Bundesregierung wird aufgefordert,

1. sich bei der laufenden Reform des EU-Emissionshandels für eine deutliche Reduktion der preistreibenden CO₂-Kosten bei der Stromerzeugung einzusetzen,
2. die nationale CO₂-Bepreisung ehestmöglich abzuschaffen,
3. Maßnahmen zur dauerhaften Senkung der Stromkosten zu setzen,
4. die heimischen Erdgasvorkommen umfassend zu erheben und deren mögliche Nutzung zu prüfen sowie
5. insgesamt dafür zu sorgen, dass Energie und Wärme für die Bevölkerung leistbar bleiben und energieintensive Arbeitsplätze und Produktionsstandorte in Österreich wettbewerbsfähig bleiben.